



Editorial

In den letzten Jahren konzentrierte sich die Vorstandsarbeit auf die Festigung der Strukturen unseres Verbandes. Nun ist es an der Zeit, jedem einzelnen Mitglied seine freiberufliche Bedeutung noch bewusster zu machen. Dabei spielen die Innendarstellung und die Diskussion untereinander eine entscheidende Rolle. Wir sollten enger zusammenrücken und nicht erst abwarten, bis Brüssel die für uns wichtigen Berufskammern oder Honorarordnungen abschafft. Zunehmend werden wir auf nationaler und europäischer Ebene mit Angriffen konfrontiert.

Es wird immer deutlicher, dass sich der Einfluss aus Brüssel direkt und intensiver auf die politischen Entscheidungen in Deutschland auswirkt. Vor diesem Hintergrund sind alle Freiberufler aufgerufen, ihren Einfluss auf die Öffentlichkeit und der Gesellschaft selbstbewusst wahrzunehmen. Wichtig ist, dass wir uns selbst über unsere freiberufliche Rolle klar sind, das gilt für jede Kollegin und jeden Kollegen in Büro, Kanzlei, Apotheke oder Praxis. Freiberuflichkeit zeichnet sich dadurch aus, dass hochstehende Leistungen eines akademischen Berufstandes in fachlicher Unabhängigkeit erbracht werden. Das Ganze ist gepaart mit einer berufsständischen Selbstverwaltung, denn nur so lässt sich eine Fremdbestimmung verhindern. Im nächsten Jahr bietet der Vorstand Diskussionsrunden zu den Themen: Dienstleistungsrichtlinie, Telekommunikationsüberwachungsgesetz und notwendige Reformen der Honorarordnung für alle Mitglieder an. Bitte beteiligen Sie sich rege an unserer Verbandsarbeit. Wir müssen uns der gewachsenen politischen Bedeutung stellen.

Dipl. Med. Thomas Schmidt
Präsident

2009 Beitragserhöhung für intensivere Öffentlichkeitsarbeit Brandenburgs Freiberufler: 30.000 Beschäftigte und 2,7 Milliarden Umsatz jährlich

Potsdam. Der Landesverband der Freien Berufe Brandenburg (LFB) zählt jetzt 20 Mitgliedsorganisationen. Dem Dachverband war unlängst der Bund der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, Landesgruppe Brandenburg, beigetreten. Die Landesärztekammer wurde 2006 wieder voll zahlendes Mitglied, erklärte LFB-Präsident Thomas Schmidt auf der Jahresmitgliederversammlung des Verbandes am 13. November 2007 in Potsdam. Der LFB repräsentiert nunmehr über 16.000 Freiberufler.

Thomas Schmidt berichtete über die zahlreichen Aktivitäten des Landesverbandes im vergangenen Jahr und in den zurückliegenden Monaten. Als Höhepunkte der Verbandarbeit nannte Schmidt den parlamentarischen Abend im Brandenburger Landtag und die beiden Gespräche mit dem Regierungschef.

Einen Beschluss der Mitgliederversammlung 2006 umsetzend hatte der LFB mit Unterstützung seiner Mitgliedsverbände eine Studie zur Lage der Freien Berufe in Brandenburg gefertigt. Die wichtigsten Ergebnisse wurden den brandenburgischen Abgeordneten auf dem parlamentarischen Abend auf dem Potsdamer Brauhausberg vorgestellt. Sie sollen jetzt dem Wirtschaftsministerium übergeben werden. Die Verteilung der freiberuflich Tätigen in unserem Land ist sehr unterschiedlich, konstatiert die Studie. In den drei großen Städten Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam ist ein Freiberufler auf etwas mehr als 100 Einwohner tätig. Im Landkreis Spree-Neiße hingegen sind dies 193 Einwohner, im Landkreis Potsdam-Mittelmark 189 und im Landkreis Teltow-Fläming 190 Einwohner, die auf einen Freiberufler kommen. Die Freiberufler bilden derzeit – in allen ak-



13. November 2007: Die Vertreter der einzelnen Mitgliedsverbände des LFB trafen sich in Potsdam zu ihrer Jahreshauptversammlung

Brandenburgs Freiberufler sind der größte Arbeitgeber

tiven Ausbildungsjahren – 2.218 junge Menschen aus und leisten damit einen sehr entscheidenden Beitrag. Mit rund 30.000 Arbeitnehmern sind sie der größte Arbeitgeber im Land. Mit einem Bruttoumsatz von rund 2,7 Milliarden Euro sind die Praxen, Büros, Kanzleien und Apotheken der Freiberufler bedeutendster wirtschaftlicher Faktor in Brandenburg.

Einstimmig entlastete die Mitgliederversammlung den ehrenamtlich tätigen Vorstand vom Haushalt 2006. Die Landeszahnärztekammer hatte einen Bericht über die Durchführung einer Jahresabschlussprüfung für das Kalenderjahr 2006 gegeben und festgestellt, dass im Ergebnis der durchgeführten Prüfung dem Vorstand und der Geschäftsführung eine ordnungsgemäße Verwendung der Mittel bestätigt werden kann.

Bei der Haushaltsberatung für das kommende Haushaltsjahr gab es eine lebhafteste Debatte um die Notwendigkeit der Erhöhung des Beitrages 2009. Da die Mehrzahl der Mitgliedsorganisationen eine Beitragserhöhung durch ihre Gremien sanktionieren lassen muss, ist eine Erhöhung frühestens 2009 möglich. Die Mitgliederversammlung beschloss, dass die Mitglieder die Voraussetzungen für eine Erhöhung des Beitrags um 0,50 Euro auf dann 2,50 Euro je Mitglied der entsprechenden Organisation zweckgebunden für die Öffentlichkeitsarbeit des LFB schaffen.

Der Haushaltsplan 2008 in Höhe von 20.000 Euro wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig gebilligt.

Der Landesverband wird wie in den vorangegangenen Jahren einen Parlamentarischen Abend mit den Landtagsabgeordneten organisieren und mit Ministerpräsident Matthias Platzeck zusammentreffen.

Michael Klauß

Am 09. April 2008 findet um 18:00 Uhr der nächste Parlamentarische Abend statt. Versammlungsort ist der Landtag in Potsdam.

Eine im Auftrag des Landesverbandes erarbeiteten Studie bestätigt die Wirtschaftskraft von Freiberuflern im Land Brandenburg. Nicht nur die Zahl von 30.000 Beschäftigten bei Freiberuflern, sondern auch die hohe Zahl von Auszubildenden bei freien Berufen ist ein erheblicher Beitrag der Freien Berufe für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Dies bestätigte auch die Ministerin für Arbeit und Soziales, und Gesundheit, Dagmar Ziegler, welche die Freien Berufe ausdrücklich erwähnte bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im Land Brandenburg.

Auch der Anteil am Bruttosozialprodukt von fast 20 Prozent liegt im Land Brandenburg sogar über dem Bundesdurchschnitt von etwa 18 Prozent. Daher ist es umso verständlicher, wenn diese Tatsachen im Wirtschaftsministerium keinerlei Beachtung finden. Diese Ignoranz der Freien Berufe schlägt sich bis in die kommunalen Strukturen des Landes nieder. Planungen der Landkreise und der Planungsregionen beruhen auf Wirtschaftszahlen des Ministeriums des Herrn Junghanns, in denen die Freien Berufe gar nicht vorkommen. Aber ein Ministerium, welches Forschung (Forschende Ingenieure) und industriennahe Dienstleistung (Reinigung von Werkhallen) in einer statistischen Gruppe zusammenlässt, hat offensichtlich kein Interesse dieses Bundesland im Bereich Forschung und Ingenieurarbeitsplätze voran zu bringen. Es scheint aber noch Hoffnung zu bestehen. Seit Bekanntwerden der Zahlen des Landesverbandes zeigten sich die Mitarbeiter der Ministerien und Politiker sehr interessiert und der Landesverband stellt gerne die Zahlen auch dem Wirtschaftsministerium zur Verfügung.

Aber die Auswertung der Zahlen ergab noch einige andere Aspekte

der Situation der Freien Berufe im Land Brandenburg.

Der Demographische Faktor geht auch an den freien Berufen nicht vorbei. Insbesondere bei den medizinischen Berufen zeigt sich für die Zukunft eine deutliche Verschärfung der Situation im Bereich der medizinischen Versorgung. Der Ärztemangel im ländlichen Raum wird bedingt durch das Ausscheiden vieler Ärzte, welche die Altersgrenze erreicht haben, noch verschärft. Auch die Einkommenssituation der medizinischen Berufe und anderer an Honorarordnungen gebundener Berufe ist nach wie vor unbefriedigend. Trotz annähernd gleicher Lebensbedingungen müssen die medizinischen Berufe mehr für weniger Geld arbeiten. Es bleibt also offen, wie zum Beispiel die ärztliche Versorgung auf dem Lande gesichert werden soll, wenn die Arbeitsbedingungen in anderen Bundesländern wesentlich besser sind als in Brandenburg.

Ralf Fox

Mitgliedsorganisation	Umsätze in Mio Euro
Apotheker	947
Ärzte	668
Zahnärzte	309
Steuerberater	249
Ingenieure	204
Rechtsanwälte	179
Tierärzte	83

Freiberufler zu Gast in der Staatskanzlei

Zu ihrem alljährlichen Treffen mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten versammelten sich Vertreter der LFB-Mitgliedsverbände am 13. November in der Staatskanzlei in Potsdam. Matthias Platzbeck, der nach dem am Vormittag bekannt gewordenen Rücktritt von Vizekanzler Franz Müntefering Presse- und Telefonkonferenzen zu absolvieren hatte, entsandte an seiner Stelle Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns. Begleitet wurde er von Staatssekretärin Dorette König, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung und Staatssekretär Winfrid Alber, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie. Bereits im Vorfeld des Treffens hatten die Verbände diesmal einen Katalog mit Themen und Fragen an die Staatskanzlei übermittelt. Damit sollte den Politikern die Möglichkeit gegeben werden, die Probleme der Freiberufler nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern sie fachlich fundiert zu diskutieren.

Als Erstes präsentierte LFB-Präsident Thomas Schmidt neues statistisches Zahlenmaterial zur wirtschaftlichen Situation der Freiberufler. Als besonders prekär schilderte er die Lage der Ärzte. Aufgrund erheblich schlechterer Einkommen im Vergleich zu anderen Bundesländern, erweise es sich als zunehmend schwierig, Arztpraxen, deren Inhaber in den Ruhestand gehen, neu zu besetzen. Schmidt: „Ein Arzt, der sich in Brandenburg niederlässt, muss im Vergleich zum Bundesdurchschnitt 36 Prozent mehr arbeiten. Dem gegenüber steht ein nur 72-prozentiges Einkommen. Deshalb meiden junge Ärzte unser Land.“

Die Diskussion eröffnete Bernhard Schuster, Präsident der brandenburgischen Architektenkammer. Er beklagte die unzureichende Einbeziehung brandenburgischer Architektenbüros in Ausschreibungen der öffentlichen Hand und forderte eine größere Transparenz bei der Auftragsvergabe. Ein 30-prozentiger Anteil an Planungsaufträgen der Öffentlichen Hand sei bei weitem zu wenig. Vergleichbar mit

der Situation der Architekten ist die der Beratenden Ingenieure. Wieland Sommer, Präsident der Brandenburgischen Ingenieurkammer und Renate Kaula, Vorsitzende des Landesverbandes Brandenburg des Verbandes Beratender Ingenieure, lieferten ein Beispiel: Für den Umbau des Potsdamer Bergmann-Klinikums waren alle lukrativen Aufträge, abgesehen von zweien für kleinere Arbeiten, an Nicht-Brandenburger Firmen gegangen.



Ganz Ohr: Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns beim LFB-Gespräch

Der Vorstandsvorsitzende der KV Brandenburg, Dr. Hans-Joachim Helming, kritisierte die brandenburgische Regierung für ihre Unterstützung des Konzentrationsprozesses in der medizinischen Versorgung. Er sprach sich für den Erhalt der wohnortnahen Versorgung und gegen die Abkoppelung ländlicher Regionen aus. Darin fand er Zustimmung bei Wirtschaftsminister Junghanns und Staatssekretär Alber. Beide schätzten die flächendeckende Gesundheitsversorgung als wichtigen Standortfaktor ein. Junghanns dazu: „Übereinstimmung in der Sache ist da. Es steht die Frage, ob die Bedingungen, die das Land schafft, ausreichend sind.“ Helming bat um Unterstützung bei der Lösung des Kernproblems, der chronischen Unterfinanzierung der medizinischen Versorgung. Von Helming mit Skepsis quittiert, verwies an dieser Stelle Staatssekretär Alber auf die bevorstehende Honorarreform und auf den Gesundheitsfonds, der, so seine Einschätzung, zusätzliche Gelder nach Brandenburg spülen könne.

Ein bundesweites Problem trug Dr.

Andrea Lorenz, Vorsitzende des Apothekerverbandes Brandenburg, vor: die ungelöste Versandproblematik. Sie forderte den Wirtschaftsminister auf, hierzu eine Bundesinitiative anzustoßen. Junghanns sicherte eine Prüfung zu.

Jürgen Herbert, Präsident der Zahnärztekammer Brandenburg, beschrieb die teilweise grotesken Auswirkungen des Kreislaufwirtschaftsabfallgesetzes und empfahl eine einheitliche landesweite Regelung. Kritik äußerte er auch an der Berufsbildungsstatistik, die er als Bürokratiemonster bezeichnete. Staatssekretär Alber erklärte, man habe dieses Thema aufgegriffen, finde jedoch auf Bundesebene kaum Fürsprecher.

Seit dem 1.11.2007 sind die Änderungen des Telekommunikationsgesetzes in Kraft, die u.a. eine Datenbevorratung beinhalten. Eine so weitgehende Vorratsspeicherung bei sämtlichen Formen der Telekommunikation betrachten die Freiberufler als einen schweren Eingriff in ihre Berufsfreiheit. Darauf wies Dr. Frank Engelmann, Präsident der Rechtsanwaltskammer Brandenburg hin. Besonders Berufsgruppen wie Ärzte und Anwälte sind zur Verschwiegenheit und zum sensiblen Umgang mit Informationen verpflichtet. Dieses Berufsethos, auf das sich ihre Patienten und Mandanten verlassen, werde durch das Gesetz konterkariert. Auch zu dieser Kritik sagte Minister Junghanns eine Weitergabe an das entsprechende Ressort zu.

Nach anderthalb Stunden beendete der Minister das Gespräch und versicherte den Freiberuflern, sie mögen das Treffen in der Staatskanzlei als Wertschätzung verstehen. Inwiefern dem Lob die Taten folgen, wird sich zeigen. Im nächsten Jahr, beim nächsten Treffen mit dem Ministerpräsidenten, wird erneut darüber zu reden sein.

Christina Pöschel

Neue Abschreibungsregeln ab 2007

Neue Büromöbel, Computer, Drucker oder Kopiergerät – wer für die nächste Zeit die Anschaffung solcher so genannten beweglichen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens geplant hat, sollte überlegen, dies noch im Jahr 2007 zu erledigen. Denn ab Januar ändern sich im Zuge der Unternehmenssteuerreform die Abschreibungsregeln. Statt der degressiven AfA (Abschreibung für Abnutzung) gilt dann nur noch die lineare Abschreibung, so dass jährlich nur noch ein kleinerer Anteil der Anschaffungskosten über einen längeren Zeitraum steuerlich geltend gemacht werden kann. Ein Beispiel: Der neue Büroschreibtisch kostet 1.300 Euro. Wer ihn 2007 anschafft, darf in den Folgejahren das Dreifache der linearen AfA - das sind in diesem Fall 23 Prozent - des Anschaffungswertes bzw. Folgewertes degressiv abschreiben. Beim Kauf im Jahr 2008 verteilt sich hingegen die steuerliche Entlastung gleichmäßig über die gesamte Nutzungsdauer. Und diese ist für Schreibtische auf 13 Jahre festgelegt. Das heißt nur rund 8 Prozent des Anschaffungswertes können pro Jahr abgeschrieben werden.

Neue Regeln gelten auch für die Abschreibung der so genannten geringwertigen Wirtschaftsgüter. Sofort und in voller Höhe können diese nur noch bis zu einem Anschaffungswert von 150 Euro, statt bisher 410 Euro, steuermindernd geltend gemacht werden. Bei einem Anschaffungswert zwischen 150 bis 1.000 Euro ist eine „Poolbewertung“ vorgesehen: Diese

Güter müssen ab 2008 bei Zugang in einem Sammelposten erfasst und pauschal über ganze fünf Jahre abgeschrieben werden. Auch hier sollte also durchaus geprüft werden, die eine oder andere Anschaffung vorzuziehen. Zum Beispiel kann ein Laptop für 900 Euro im Jahr 2007 erworben noch über die Nutzungsdauer von drei Jahren abgeschrieben werden. Ab 2008 kommt es in den „Pool“ mit der fünfjährigen Abschreibungsdauer.

Positiv für Selbstständige und kleinere Unternehmen kann sich der neue so genannte Investitionsabzugsbetrag auswirken. Er ersetzt ab dem 31. Dezember 2007 die Ansparsabschreibung. Da diese Regelung bereits mit der Verkündung des Gesetzes zur Unternehmenssteuerreform am 17. August 2007 in Kraft getreten ist, greift sie in den meisten Fällen schon in der Gewinnermittlung 2007. Danach kann für eine im Laufe der nächsten drei Jahre geplante Investition ein Betrag von maximal 40 Prozent, maximal 200.000 Euro, der voraussichtlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten gewinnmindernd geltend gemacht werden. Wer beispielsweise für das Jahr 2010 eine komplett neue Büroausstattung im Wert von 6.000 Euro vorhat, kann 40 Prozent der voraussichtlichen Anschaffungskosten, also 2.400 Euro, als Investitionsabzugsbetrag schon 2008 geltend machen. Wenn der Kauf der Geräte 2010 dann tatsächlich erfolgt, wird dieser Betrag zunächst gewinnerhöhend hinzuge-

rechnet. Außerdem vermindert sich die Bemessungsgrundlage für die Abschreibungen um diesen Betrag. Neben der linearen Abschreibung kann dann über fünf Jahre auch eine Sonderabschreibung von bis zu 20 Prozent der Anschaffungskosten geltend gemacht werden. Die Sonderabschreibung kann aber auch unabhängig von der vorherigen Inanspruchnahme des Investitionsabzugsbetrags vorgenommen werden, wenn die Größengrenzen des § 7 g EStG nicht überschritten werden. Der Investitionsabzugsbetrag kann übrigens auch für die Anschaffung gebrauchter Wirtschaftsgüter geltend gemacht werden. Freilich muss, wenn die geplante Investition dann doch nicht getätigt wird, der in Anspruch genommene Abzugsbetrag wieder rückgängig gemacht werden.

Steuerberaterkammer Brandenburg

Impressum

Offizielles Mitteilungsblatt des Landesverbandes der Freien Berufe Land Brandenburg e.V.

Herausgeber:

Landesverband der Freien Berufe Land Brandenburg e.V.

Chefredaktion:

Dipl. med. Thomas Schmidt, Michael Klauß, Ralf Fox

LFB-Geschäftsstelle:

Ines Philipp

Helene-Lange-Str. 4-5, 14469 Potsdam

Tel.: 0331-2977- 413

Fax: 0331-2977- 171

info@freie-berufe-brandenburg.de

www.freie-berufe-brandenburg.de

Satz/Layout: Agentur Hentschel

Virchowstraße 1a, 14482 Potsdam

Tel: 0173-6069949

E-Mail: cp@agentur-hentschel.de

Druck:

Hans Gieselmann GmbH&Co. KG, A.-Scheunert-Allee 2, 14558 Bergholz-Rehbrücke

Der letzte Monat des Jahres 2007 ist angebrochen, die Weihnachtszeit naht. Ihnen und Ihren Familien wünschen wir ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches neues Jahr. Wir danken Ihnen für die Arbeit, die Sie geleistet haben und hoffen, dass Sie auch weiterhin gemeinsam mit uns die vielen Aufgaben angehen, die noch vor uns liegen.

Mit den besten Wünschen

Thomas Schmidt
Präsident